



Mitglied des Dachverbands  
der Kritischen Aktionärinnen  
und Aktionäre

**Katrin Ganswindt**  
Mitarbeiterin von urgewald



## **Rede auf der Hauptversammlung der Siemens AG am 24.01.2012**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stelle meine Fragen stellvertretend für den Dachverband der Kritischen Aktionäre sowie für die Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisation urgewald.

Herr Löscher, zunächst einmal beglückwünsche ich Sie zu ihrem Entschluss, "aus der Kernenergie [nun] vollständig auszusteigen". Diese Verkündung war ein wichtiges Signal für AREVA, das Restrisiko nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Dieser Entschluss wurde von den Medien und heute von den Aktionärsvertretern wohlwollend aufgenommen und von der Ratingagentur Moody`s mit positiven Aussichten belohnt.

Diese Ankündigung verträgt sich auch mit dem Anspruch Ihres Unternehmens, „unangemessenes Risiko zu steuern bzw. weitestgehend zu vermeiden“.

Sie haben sicher auch aus dem Millionengrab Oikulioto 3 Ihre Schlüsse gezogen. Bei diesem scheinbar so umsichtigem Umgang mit Risiken irritiert mich Ihre Aussage, dass Sie trotz Ausstiegsverkündung weiter konventionelle Teile an Atomkraftwerke liefern und mit Atomkonzernen kooperieren wollen. Z.B. mit dem russischen Energieversorger Rosatom.

Kann ich daraus schließen, dass Ihre in einem Kraftwerk wie z.B. Belene eingebaut würden?

Zur Erklärung: Dieses Kraftwerk soll, in Bulgarien, in einem erdbebengefährdeten Gebiet gebaut werden, weswegen sich nicht nur die RWE sondern auch die HypoVereinsbank und sogar die Deutsche Bank aus dem Geschäft zurück gezogen haben und zwar lange vor der Katastrophe in Fukushima.

In diesem Fall würden Sie doch eine Mitverantwortung für die Umsetzung des Projektes haben und damit auch einen Teil des Restsrisikos tragen ohne „Sicherheit und Sauberkeit gewährleisten“ zu können?

Bitte erläutern Sie uns darum zum besseren Verständnis welche Geschäftsbeziehungen Sie in Zukunft mit Rosatom pflegen wollen. Sofern es diese gibt, erklären Sie uns, welche Lieferungen für Atomanlagen, die von Rosatom betrieben werden, angedacht sind und benennen sie dabei bitte die entsprechende Anlage.

Ein weiterer Sachverhalt, der mich stutzig macht, ist ein Bericht über Ihr Engagement in Saudi-Arabien und ich meine nicht das Gaskraftwerk. Dort werden 17 Atomkraftwerke geplant. Laut Ibrahim Babelli, dem Strategieberater für das saudische Energiekonzept, spielt Siemens dabei eine zentrale Rolle.

Zur besseren Beurteilung der Lage bitte ich deshalb auch hier um Erläuterungen zu den geplanten Geschäften. Außerdem erbitte ich eine Auflistung weiterer geplanter Lieferungen mit der Zweckbestimmung Atomanlage. Mit genauer Nennung der gelieferten Bauteile, des belieferten Konzerns und der entsprechenden Anlage.

Wenn Sie die Energiewende voranbringen wollen, dürfen Sie den Neubau atomarer Anlagen nicht unterstützen. Warum schließt Siemens nicht Zulieferung von atomaren Anlagen aus, obwohl dies doch der logische Schluss nach der Verkündung eines vollständigen Ausstiegs wäre?

Lassen Sie Ihren großen Worten doch konsequente Taten folgen, Herr Löscher.

Beim Stichwort unangemessene Risiken darf auch eine Frage nach Ihrem Engagement in Syrien nicht fehlen, wo Siemens für die Erweiterung des Gaskraftwerks al-Nassirija bei Damaskus zuständig ist. Schon lange ist bekannt, dass Syrien quasi das Familienunternehmen der Assads sei. Die Annahme jeglicher Großaufträge in Syrien bedeutet somit eine Unterstützung des Regimes.

Zum besseren Verständnis: Laut EU-Verordnung 442 dürfen keine wirtschaftlichen Ressourcen an Personen bereit gestellt werden, die in im eben jenem Papier gelistet sind. Auf dieser Liste steht u.a. der Name Rami Makhluf: Er ist ein Cousin des Präsidenten Baschar al-Assad. Rami Makhluf finanziert das Assad-Regime. Ohne seine Zustimmung bzw. Mitwirkung kommen keine größeren Geschäfte mit ausländischen Handelspartnern zustande.

Haben Sie nun geprüft, ob eine Beteiligung seiner und der anderen gelisteten Personen an dem Geschäft auszuschließen ist? Und zu welchem Ergebnis sind Sie dabei gekommen?

Geschäfte mit einem Regime zu führen, welches sich wahrscheinlich nicht halten wird, ist ökonomisch riskant. Geschäfte mit einem Regime zu führen, welches die eigene Bevölkerung Ermordet, ist unmoralisch und skandalös. Im Vorwort zu Ihren Business Conduct Guidelines erklären Sie, Herr Löscher, Ihre ethisch-rechtliche Verantwortung als Unternehmen wahrzunehmen. Bitte setzen Sie auch in diesem Fall Ihre Worte in Taten um.